

Chiffren der Gegenwart

Die Arbeitsmarktstatistik in der medialen Berichterstattung

Günter Hefler und Eva Krivanec

I. Prolog – Ein Arbeitsloser weniger

Der erste Akt des Films *Kuhle Wampe oder Wem gehört die Welt* von Slatan Dudow und Bertolt Brecht trägt den Titel »Ein Arbeitsloser weniger«.

Brecht entwickelt die 12 Minuten lange Sequenz aus einer kurzen Zeitungsnotiz (Knopf 1984, 510-515). Zu Beginn des Aktes wird auf das beliebte Sujet der rollenden Rotationsdruckmaschinen zurückgegriffen, die endlose Ketten frischgedruckter Tageszeitungen ausspucken, deren Schlagzeilen der ZuseherIn präsentiert werden. Eine Schlagzeile nach der anderen spricht von der katastrophalen Lage am Arbeitsmarkt. 5 Millionen Arbeitslose! 6 Millionen Arbeitslose! Dann zeigt die Kamera, wie sich Männer und Frauen mit ihren Fahrrädern versammeln, um auf die neueste Stellenliste zu warten. Begleitet von Eislers Musik folgen wir der gehetzten Fahrt der Arbeitslosen durch Berlin, von einer Abweisung zum nächsten Schild »Keine Stelle frei«. Der erfolglose Protagonist kehrt zurück in seine Wohnung und wird von seiner Familie empfangen.

Die Stimmung ist eisig. Die Mutter weist den Vater zurecht, den Sohn nicht so unter Druck zu setzen. Wer arbeiten wolle, könne Arbeit finden; überhaupt, wenn er jung ist – sagt der Vater und wir glauben es dieser familiären Atmosphäre geschuldet, wenn der Protagonist – ein typischer Vertreter seiner Klasse¹ – wenig später das Fenster öffnet und in den Tod springt. Zeitungen heben hervor – Brecht nimmt darauf Bezug –, dass der junge Mann seine Armbanduhr abgenommen hätte, bevor er sich das Leben nahm: der Wert der Uhr ist gerettet, das Leben des Jugendlichen wertlos. Das Drehbuch lässt einen Passanten abschätzig sagen: »Ein Arbeitsloser weniger.«

An der überlieferten Fassung des ersten Akts erstaunt, dass es tatsächlich die familiäre Kälte – die Kränkung durch den Vater – gewesen sein soll, die zu dieser Tat führt. Und tatsächlich: Die Verbindung des vorgeblich individuellen Schicksals mit einem außerfamiliären Ereignis, das den Selbstmord ausgelöst haben könnte, musste aus dem Film nachträglich entfernt werden.

Am 9. April 1932 führte die Filmoberprüfstelle in Berlin zum Verbot des Films *Kuhle Wampe* unter anderem aus:

»Hier wird ein Einzelschicksal *typisiert*, zu bewusster und nach der Wirkung des Bildstreifens zielgerecht erreichter Hetze gegen die wirtschaftspolitische Notverordnung der Reichsregierung, der damit vorgeworfen wird, dass sie durch ihre gesetzgeberischen Maßnahmen jugendliche Erwerbslose in den *Freitod* treibe. Das kennzeichnet sich als verwerflicher Angriff auf die Leitung des Staates. Der Einwand, nicht die Notverordnung, sondern lange bestehende Depression seien kausal für den Selbstmord, ist gegenüber dem Inhalt des Bildstreifens nicht stichhaltig. Prononciert warnt die Mutter des Unglücklichen den Vater: »Halt ihm aber nicht gleich wieder

die Notverordnung unter die Nase!«. Erst als der Vater, ungeachtet dieser Warnung, sagt: »Vielleicht siehst Du Dir auch mal die neue Notverordnung über den Abbau der Erwerbslosenunterstützung an; 30 Mark weniger im Monat« (Akt II), geschieht das Unglück.«²

Dass es die Kürzung der staatlichen Unterstützung war, die im ersten Akt zum Selbstmord eines Arbeitslosen führte, durfte nicht gezeigt werden. Im zweiten Akt führt diese zur Delogierung der Familie des Selbstmörders und deren erzwungenen Umzug in die Zeltbarackenstadt »Kuhle Wampe«. Die Lebensbedingungen der »typischen VertreterInnen« der Arbeiterklasse sind doppelt bestimmt: durch ihre Position in der kapitalistischen Produktion und durch ihre Abhängigkeit vom Staat. Die Notverordnungen der diktatorisch regierenden Präsidialkabinette Brüning und von Papen entziehen dem Proletariat die Lebensgrundlage.

Die Zahl der Arbeitslosen muss nicht verheimlicht werden: Ob vier, fünf oder sechs Millionen scheint keine Rolle zu spielen. Dieser »offizielle Arbeitslosenbegriff«, über den die Medien berichten, entspricht jedoch einem extrem eingeschränkten Arbeitslosenbegriff: In Österreich betrug am Höhepunkt der Arbeitslosigkeit 1933 die ökonomisch geschätzte Zahl der Erwerbslosen 598.000 (Butschek 1992, 83) – diesen stand eine »offizielle Arbeitslosenzahl« von 329.000 gegenüber. Für die politische Debatte entscheidender als das Messkonzept der Arbeitslosigkeit sind aber die Begründungen, wer für die Arbeitslosigkeit verantwortlich ist und wer die Lebensbedingungen, denen Arbeitslose unterworfen sind, zu verantworten hat. Arbeitslosigkeit darf große Zahl oder Einzelschicksal sein: Auf eine Million mehr oder einen Arbeitslosen weniger scheint es nicht anzukommen. Was der Zensur unterliegt, sind die Begründungen, die Zuweisung von Verantwortung, nicht nur für den Umfang der Arbeitslosigkeit, sondern für die Lebensbedingungen, mit denen die von ihr Betroffenen konfrontiert sind.

II. Eine Art Einleitung – Ein Forschungsfeld eröffnen

Der zitierte Filmausschnitt konzentriert Fragestellungen, die im Rahmen des 2003-2004 durchgeführten Forschungsprojekts »Chiffren der Gegenwart – Mediale Berichterstattung zur Arbeitsmarktstatistik im internationalen Vergleich (Deutschland, Portugal, Österreich)«³ untersucht wurden. Neue Zahlen zum Arbeitsmarkt werden europaweit von den Printmedien aufgenommen und in ihrer politischen Bedeutung diskutiert. Durch diese regelmäßige öffentliche Diskussion erhalten Arbeitslosenzahlen ihre außergewöhnlich hohe politische Bedeutung. Ziel des Projekts war es, der Frage nachzugehen, in welcher Form die Medien mit den arbeitsmarktstatistischen Daten umgehen.

Durch den unbestrittenen Wert, den die Ergebnisse der Arbeitsmarktstatistik in der politischen Arena haben (Quiring 2003, 367f.) scheint die in der öffentlichen Debatte selbst allgegenwärtige Mutmaßung gerechtfertigt, dass politische AkteurInnen auf die Zählung Einfluss zu nehmen versuchen oder aus politischem Interesse die Mängel der Zählung öffentlich machen. Grundlage für die Annahme, dass ein politisches Interesse an »guter Presse« zum Arbeitsmarkt zu einer Einflussnahme auf die Zählung selbst führt, ist insbesondere der Umstand, dass die üblichen Zählungsweisen der Arbeitslosigkeit den Umfang der Arbeitslosigkeit jeweils – im Vergleich zu alternativen Konzepten – besonders niedrig darstellen. Zudem werden insbesondere

die nationalen Zählungsweisen häufig reformiert – in der Regel auf Basis politischer Entscheidungen⁴ und häufig so, dass die ausgewiesene Zahl der Arbeitslosen sinkt. Das Projekt hat sich zur Aufgabe gestellt, modellhaft zu untersuchen, wie die unterstellte Beeinflussung stattfinden kann und wie die mediale Berichterstattung auf Veränderungen der Arbeitsmarktstatistik reagiert.

Der vorliegende Artikel basiert auf diesem Projekt. Dabei hat die Analyse der Eigenschaften der regelmäßigen Berichterstattung zum Arbeitsmarkt rasch zu einer Auffächerung der Fragestellungen geführt:

(1) Unbestritten von Relevanz ist, ob und wie die Medien über die Veränderungen des Umfangs der Arbeitslosigkeit berichten. Wird bei real steigender bzw. real sinkender Arbeitslosigkeit dieser Sachverhalt richtig wiedergegeben? Kurz: Stimmt der Tenor der Berichterstattung, dass es am Arbeitsmarkt bergauf oder bergab geht?

(2) Als eigenes Thema erweist sich die Thematisierung der statistischen Berichtspraxis in den Medien selbst: Dabei geht es nicht nur um die Messung der Arbeitslosigkeit. Die Berichterstattung macht Angebote, was von der Arbeitslosenstatistik und dem monatlichen Ritual, über sie zu berichten, gehalten werden soll. Dem skandalisierenden Tonfall, in dem Fragen der arbeitsmarktstatistischen Messung erörtert werden und der auf die Vorstellung der *richtigen* Messung verweist, steht eine generalisierte Skepsis gegenüber, die der Statistik entgegengebracht wird (»Es gibt Lügen, Lügen und Statistik«⁵).

(3) Unabhängig davon, wie der Umfang und die Veränderung der Arbeitslosigkeit als solche repräsentiert werden, ist aber die Frage von zentraler Bedeutung, ob und welche Aussagen über die Verteilung der Lasten der Arbeitslosigkeit getroffen werden. Während bei der Frage nach dem Umfang der Arbeitslosigkeit das Interesse dem nicht-repräsentierten Anteil gilt, ist hier die Frage zentral, in welchem Maß gesellschaftliche Ungleichheit verschwiegen oder irreführend dargestellt wird.

(4) Die regelmäßige mediale Berichterstattung zum Arbeitsmarkt transportiert nicht nur Inhalte, sie verfügt über eine materielle Mächtigkeit: Sie ermöglicht Anschlusshandlungen (zum Beispiel die monatliche Wiederholung einzelner politischer Forderungen), in dem auf diese Berichte Bezug genommen wird und sie schließt Möglichkeitsfelder, in dem sie Antworten gibt und alternative Antworten verdrängt: und sei es nur, indem sie selbst genügend Druckseiten füllt. Eine Analyse der Medienberichterstattung zur Arbeitsmarktstatistik muss zu verstehen versuchen, wie diese die öffentliche Debatte über Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik mitbestimmt.

(5) Um die mediale Berichterstattung zur Arbeitsmarktstatistik analysieren zu können, muss die Produktion der Statistik selbst zum Thema gemacht werden. In welchen sozialen Teiluniversen wird die Gestaltung der Arbeitslosenstatistik verhandelt? Was treibt die ProtagonistInnen in diesen Feldern an, für die Gestaltung und Weiterentwicklung der Statistik einzutreten?

Im Folgenden werden zuerst die Ergebnisse der Untersuchung monatlicher Berichterstattung zur Arbeitsmarktstatistik in den Printmedien vorgestellt (Abschnitt III), daran anschließend der theoretische Hintergrund des Projekts, das auf Pierre Bourdieus Theorie sozialer Produktionsfelder aufbaut (Abschnitt IV), kurz skizziert. Exemplarisch vorgestellt wird die Infragestellung der Aussagekraft der Arbeitsmarktstatistik in den Medien selbst (Abschnitt V). Der Frage, wie das wissenschaftliche Feld zur Produktion der Arbeitsmarktstatistik beiträgt, geht Abschnitt VI nach. Die mediale Berichterstattung zur Arbeitsmarktstatistik erweist sich insgesamt als Teil-

phänomen eines *öffentlichen Wissens* um den Arbeitsmarkt, das verteilt produziert wird, seine eigene Materialität innehat und wesentlich durch die Wirkungen charakterisiert wird, die es hat. Um diese Wirkungen kämpfen AkteurInnen bewusst oder unbewusst, wenn sie sich um die Gestaltung dieses öffentlichen Wissens bemühen. Einige dieser Wirkungen werden im Ausblick (Abschnitt VII) charakterisiert.

III. Woraus bemerkenswerter Weise nichts hervorgeht⁶

»Arbeitslosigkeit auf Rekordhoch« lautet eine Schlagzeile auf der Titelseite des *Standard* am 3. Oktober 2005. »Arbeitslosigkeit erreicht neuen Höchststand«⁷, »Arbeitslosigkeit erreicht Rekordhöhe«⁸, »Arbeitslosigkeit auf Rekordniveau«⁹ – Medien haben uns an die Banalität des Exzeptionellen gewöhnt – die mit minimalen Differenzen vorgetragenen Rekordmeldungen zur jeweils aktuellen Arbeitslosenstatistik lassen sich beliebig fortsetzen. Die mediale Berichterstattung zum Arbeitsmarkt ist eine Art soziale Meteorologie (nicht nur weil Wettermetaphern in der Berichterstattung sehr häufig sind): Auf Regen folgt Sonnenschein, irgendwann kommt eine Wende – »Trendwende geschafft!«¹⁰ – und so folgen positive Rekordmeldungen: »Arbeitslosenrate im Oktober auf tiefstem Stand seit zehn Jahren«¹¹, »Zahl der Erwerbslosen auf dem tiefsten Mai-Stand seit 1995«¹².

Die monatliche Berichterstattung in den Medien, die die Arbeitslosigkeitsstatistik begleitet, seit sie mit den gesetzlich verankerten Arbeitslosenversicherungssystemen unter staatliche Hoheit gelangt ist, wirkt so selbstverständlich, dass sie sich kaum als Gegenstand wissenschaftlicher Analyse zu eignen scheint. Über die Produkte des Medienalltags fördert eine Analyse von rund 800 Berichten zu neuen Arbeitslosenzahlen im Zeitraum 1996 – 2003 in Deutschland, Portugal und Österreich in einem ersten Schritt wenig mehr zu Tage, als – »Liest Du einen, kennst Du alle« – aufmerksame MedienkonsumentInnen sich selbst erklären könnten. Kurzgefasst

1. werden neue Arbeitsmarktzahlen grundsätzlich zur Beantwortung der Frage, ob es am Arbeitsmarkt besser oder schlechter wird, herangezogen. Dieser Tenor – die Gesamteinschätzung – der Monatsberichte, also der Zeitungsberichte, in denen über neue Arbeitsmarktzahlen des abgelaufenen Monats berichtet wird, kann sich auf verschiedene Relationen stützen (Monatsvergleich, saisonbereinigter Vergleich, Jahresvergleich). Die Bewertung ist in jedem Fall entkontextualisiert: Eine relative Verbesserung der Werte in einem Monat wird mit dieser Hauptbotschaft positioniert, unabhängig davon, ob eine positive oder negative Bewertung durch die Gesamtentwicklung am Arbeitsmarkt begründet ist.
2. werden Rekorde – Superlative im Positiven wie im Negativen – gesucht und besonders hervorgehoben. Durch die Variation des Bezugszeitraums und die Auswahl der Indikatoren – neben der Zahl der Arbeitslosen etwa auch die Beschäftigtendaten und Relationen, z. B. der stärkste Anstieg – ist es möglich, Rekordmeldungen als durchgängiges Element in der Berichterstattung zu platzieren. Wird in absoluten Zahlen ein neuer Höchststand erreicht – in Österreich z. B. seit 1945 – führt dies automatisch zu einer Intensivierung der Berichterstattung.
3. werden die neuen Zahlen herangezogen, um den Entwicklungstrend am Arbeitsmarkt zu bestimmen. Die Trendaussage kann dabei durch jede beliebige Relation begründet werden. Es reichen selbst kleine Veränderungen in der Zu- bzw. Abnahme der Arbeitslosigkeit aus, um eine Trendwende zu prognostizieren.

In der Berichterstattung zu den neuen Zahlen – ebenso wie in den politischen Kommentaren – erfolgen die Aussagen zur Trendentwicklung ohne jeden Bezug auf längerfristige Gesamtentwicklungen.

4. werden bevorzugt Indikatorenwerte hervorgehoben, die in irgendeiner Weise einer Besonderheit Ausdruck geben. Dies geschieht einerseits, in dem z. B. Arbeitslosenzahlen nur von jenen Berufen oder Bildungsklassen genannt werden, die sich besonders positiv oder besonders negativ entwickelt haben. Die Medienberichte übernehmen dabei oft das Angebot der datenpublizierenden Institution, den negativen Hauptindikatoren die real oder vermeintlich positive Entwicklung bei Teilpopulationen oder Nebenindikatoren gegenüberzustellen.
5. werden Arbeitsmarktdaten im Vergleich dargestellt und ein Wettbewerbsraum zwischen territorialen Einheiten hergestellt. Dies erfolgt einerseits durch den Vergleich zwischen Bundesländern, andererseits wird die nationale Position im internationalen Vergleich hervorgehoben (Episteme 2005, 71-121).

Trotz der regelmäßigen Berichterstattung ist das statistische Informationsangebot zum Arbeitsmarkt in der Tagespresse stark beschränkt: Daten, die nicht im Monatsrhythmus publiziert werden, gehen nur äußerst marginalisiert oder überhaupt nicht in die Berichterstattung ein. Die Muster, mit deren Hilfe die regelmäßigen Zahlen dramatisiert werden, uniformieren die Berichterstattung und entkoppeln sie weitgehend von der realen Arbeitsmarktentwicklung: Obwohl wir monatlich über den Arbeitsmarkt lesen, wissen wir eigentlich nicht, wie sich Beschäftigung und Arbeitslosigkeit entwickeln.

Die Arbeitsmarktberichterstattung in den Medien innerhalb eines nationalen Kontexts ist in hohem Ausmaß von ihrer zentralen Quelle abhängig: der Pressekonferenz bzw. Presseaussendung jener Institution, die das Vorrecht genießt, die Daten bekannt geben zu dürfen. Der Presstext bestimmt – teils vermittelt über die Weiterverarbeitung durch die Nachrichtenagenturen, teils unmittelbar – zentral mit, welche Daten und welche Interpretationen von den Medien aufgenommen werden. Alle Informationen, die nicht im – meist kurzen – Presstext, sondern im – meist umfangreichen – Anhang zu finden sind, haben kaum noch Chancen, in die monatliche Berichterstattung aufgenommen zu werden.

Damit kommt der Gestaltung der Presseausendung unmittelbare politische Bedeutung zu: Sie entscheidet wesentlich mit, was berichtet und vor allem, was nicht berichtet wird. Während in Deutschland und Portugal die Arbeitsmarktverwaltungen für die Gestaltung der Medienereignisse rund um die neue Arbeitsmarktstatistik verantwortlich sind, ist es in Österreich die zuständige RessortministerIn und ihr Pressestab, der auf Basis des Berichts der Fachabteilung die Presstexte verfasst (vgl. Episteme 2005, 65ff.).

Die mediale Berichterstattung zur Arbeitsmarktstatistik erweist sich damit als ein universell eingeführtes Medienprodukt, dessen Nachrichtenwert unangreifbar erscheint, dessen Inhalte einerseits redundant, andererseits so beschränkt sind, dass daraus – selbst für gut informierte LeserInnen – nichts hervorgeht. Die Öffentlichkeit der Arbeitsmarktstatistik ist damit paradox: Die Berichterstattung erfüllt nicht die Funktion, über die Entwicklung am Arbeitsmarkt zu berichten – die gebotene Information reicht einfach nicht aus, sich ein Bild zu machen. Da aber in anderen Berichten und in den politischen Stellungnahmen weitgehend nur auf das inhaltsarme Bild der monatlichen Berichte zum Arbeitsmarkt Bezug genommen wird, bestimmt

deren inhaltliche Selektivität wesentlich mit, was überhaupt in den Medien zum Arbeitsmarkt diskutiert wird.

IV. Theoretischer Hintergrund – Verteilte Produktion in sozialen Feldern

Die Art und Weise, wie in einer Gesellschaft über einen Gegenstand gedacht wird, ist einerseits bestimmt durch die Wissensproduktion, die in unterschiedlich funktionierenden sozialen Feldern – z. B. dem bürokratischen Feld oder dem wissenschaftlichen Feld – abläuft. Andererseits hängt sie davon ab, in welchem Ausmaß soziale Felder ihre Geltungsansprüche im gesellschaftlichen Raum – also im Verhältnis zu allen anderen Feldern – durchsetzen können. Dem schulischen Feld und dem medialen Feld kommt aus dieser Perspektive für das Wissen einer Gesellschaft zentrale Bedeutung zu. Diese sind zwar nur bedingt an der Herstellung des Wissens beteiligt, nehmen jedoch auf die Verbreitung, Bewertung und Universalisierung von Wissensansprüchen zentralen Einfluss. Wie eine Gesellschaft denkt, das Alltagsbewusstsein und seine Rechtfertigungen – Pierre Bourdieu nennt diese im Anschluss an Louis Althusser »spontane Epistemologien« – lässt sich damit auf die Interaktion sozialer Felder zurückführen. Alltagsbewusstsein besteht aus symbolischen Artefakten, die in unterschiedlichen Feldern hergestellt wurden. Die aus einem bestimmten Produktionsfeld stammenden symbolischen Artefakte verlieren als Teil des Alltagsbewusstseins den Bezug zum Rahmen, in dem sie hergestellt wurden und dem sie ihre ursprüngliche Bedeutung verdanken, behalten aber zugleich ihre Geltungsansprüche und gehen als Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe als Vorwissen – als Ideologie – in die Prozesse aller sozialen Felder erneut ein. In der Analyse spielen also die Bedingungen symbolischer Repräsentation in den einzelnen Produktionsfeldern und deren Machteffekte ebenso eine Rolle wie die Interaktion der Felder im sozialen Raum; die Durchsetzung bestimmter symbolischer Artefakte ungeachtet möglicher Bedeutungsverschiebungen ebenso wie der Ausschluss jenes Wissens, das nicht Teil des Spiels sein kann.

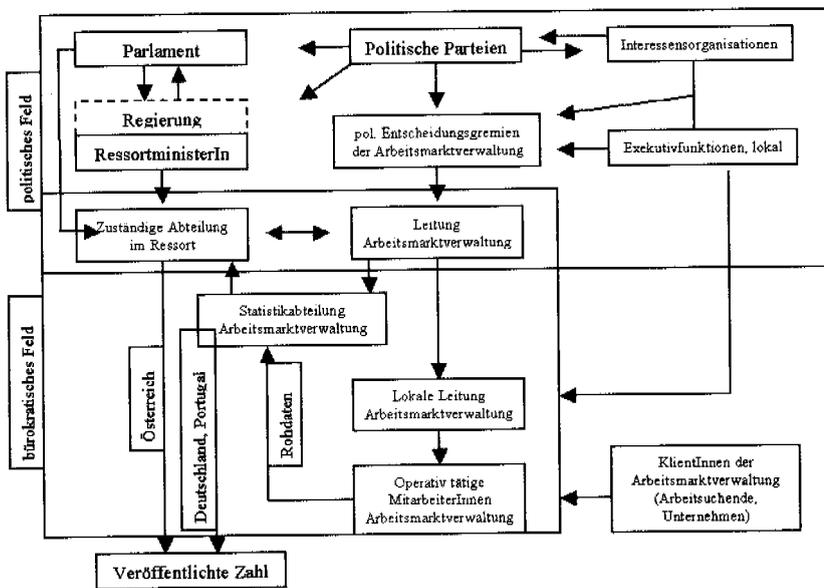
Zur Arbeitsmarktstatistik bestehen zwei gegensätzliche »spontane Epistemologien«: Die Statistik wird entweder durch eine »Machttheorie« erklärt, wobei politischen AkteurInnen zugeschrieben wird, die Konventionen der Statistik zu bestimmen, die weder richtig noch falsch sein können, sondern als Maßstab durchgesetzt werden. Oder die Statistik wird als Aufgabe von ExpertInnenorganisationen gesehen, die die statistische Infrastruktur gemäß der durch den Gegenstand als sachnotwendig gegebenen Kriterien erstellen, dabei bestenfalls in Randbereichen durch politischen Druck beeinflusst werden, ihrerseits aber keine Verantwortung für die politische und mediale Reproduktion der statistischen Ergebnisse übernehmen. Beide Aussagen zur Arbeitsmarktstatistik sind in den Feldern, in denen die Arbeitslosenzahlen verhandelt werden, präsent.

Eine wissenschaftssoziologische Rekonstruktion der Herstellung der Arbeitslosenstatistik und des gesellschaftlich präsenten Wissens über sie muss mit der Problematik umgehen, dass die Arbeitsmarktstatistik in verschiedenen sozialen Feldern entsteht, in denen jeweils unterschiedliche Zielsetzungen miteinander konkurrieren.

Abbildung 1 zeigt die AkteurInnen im politischen Feld und im bürokratischen Feld, die Einfluss – wenn auch in sehr unterschiedlichem Maß – auf die Ergebnisse der nationalen Registerzählungen nehmen können. Zentrale politische AkteurInnen sind die zuständige RessortministerIn, die Bundesregierung und das Parlament, wo

für die Zählung direkt oder indirekt relevante Gesetzesregelungen entschieden werden. Aber auch andere politische AkteurInnen – z. B. die Sozialpartner – können (etwa über die Gremien der Arbeitsmarktverwaltung) Einfluss nehmen z. B. durch das Recht, Sonderauswertungen von Datenkörpern zu erhalten oder Aufklärung über statistische Auffälligkeiten zu begehren. Für die Statistikproduktion im engeren Sinn sind insbesondere die zuständige Abteilung im Fachressort und die Leitung bzw. die Statistikabteilung der Arbeitsmarktverwaltung zuständig. Da die Registerzählung zentral davon abhängig ist, wie die MitarbeiterInnen der Arbeitsmarktverwaltungen gesetzliche Spielräume in ihrer Praxis nutzen, nimmt die Leitung der Arbeitsmarktverwaltung durch Regelungen und Zielsteuerungssysteme selbst direkten Einfluss auf die Zählung.¹³ Für die Zahlenproduktion selbst unerheblich, für die mediale Berichterstattung aber entscheidend ist weiters, wer über das Recht verfügt, neue Arbeitsmarktzahlen der Öffentlichkeit zuerst bekannt zu geben – in Österreich steht das dem Fachressort bzw. der RessortministerIn zu, in Portugal und Deutschland beispielsweise der Leitung der Arbeitsmarktverwaltung bzw. deren Statistikabteilung.

Abbildung 1: Institutionelle Akteure und Einflussmöglichkeiten auf die Generierung der Arbeitsmarktstatistik



Innerhalb der mit der Produktion der Arbeitsmarktstatistik befassten Felder – bzw. in den (Teil-)Institutionen, die mit dieser Aufgabe betraut sind und die dem bürokratischen, wissenschaftlichen und politischen Feld angehören – ist jeweils eine Konkurrenz zwischen Motiven einer aufgabenspezifischen Weiterentwicklung der Arbeitsmarktstatistik und einer Indienstrahme für die Interessen bestimmter sozialer AkteurInnen festzustellen. Die Messung von Arbeitslosigkeit ist selbst Produkt von Interessenkonflikten und ein Prozess, an dem viele politische und bürokratische

AkteurInnen bis hin zu den MitarbeiterInnen der Arbeitsmarktverwaltungen partizipieren.

Innerhalb der Teilfelder besteht eine Spannung zwischen dem Interesse an einer fachlichen Weiterentwicklung der Statistik und dem Wert, den es innerhalb des Feldes hat, politischen AkteurInnen für deren Öffentlichkeitsarbeit wertvolle Angebote zu machen. Dieses Spannungsverhältnis wird dadurch mitbeeinflusst, wie in anderen Feldern die Ergebnisse der »amtlichen Statistik« aufgenommen werden und über welchen Stellenwert die Kritik an der amtlichen Statistik verfügt.

Das journalistische Feld ist einerseits dadurch gekennzeichnet, dass die relative Autonomie des Feldes schwach ist. Der Einfluss von AkteurInnen, die selbst nicht JournalistInnen sind und andere Zielsetzungen verfolgen, ist im journalistischen Feld groß. Andererseits verfügt die mediale Berichterstattung über große symbolische Dominanz: Hierarchien zwischen symbolischen Gütern und ihren ProduzentInnen, die in spezialisierten Produktionsfeldern hergestellt werden, können durch die Setzungen in der medialen Berichterstattung konterkariert werden. Gerade im Bereich der Arbeitsmarktstatistik zeigt sich jedoch, dass die Medien kaum über Autonomie gegenüber den datenpublizierenden Institutionen, also den offiziellen Instanzen im bürokratischen oder politischen Feld – zuständiges Ministerium, statistisches Amt, Arbeitsmarktverwaltung – verfügen.

V. Kritische Kritik oder die Infragestellung der Arbeitslosenstatistik in den Medien

Wien, 1. Mai 2005: neben vielen anderen Zeitungen und Flugblättern machen bei der ersten Wiener *Mayday*-Demonstration auch einige Exemplare der *Presse* vom Vortag die Runde. Auf der Titelseite prangt in großen Lettern: »Statistik unterschlägt 300.000 Arbeitslose«. Immerhin, eine interessante Nachricht. Die Hoffnung, in dem Artikel Genaueres zu erfahren oder eine politische Folgerung daraus entwickelt zu sehen, wird jedoch enttäuscht. Nachdem einige Personengruppen, die aus der Registerzählung herausfallen, genannt werden – »jobwillige Hausfrauen, Kursbesucher, Frühpensionisten, Schulabgänger« – nennt der Text schließlich zum Ausgleich auch all jene, die zwar beim AMS gemeldet und als arbeitslos registriert sind, sich aber gar nicht als Arbeitslose sehen – SaisonarbeiterInnen im Tourismus und in der Bauwirtschaft. Als Fazit bleibt also nur: Man könne zwar den Statistiken keineswegs trauen, aber auch nicht wirklich sagen, in welche Richtung die Messung verzerren würde.¹⁴

Die Frage, ob die Arbeitsmarktstatistik die Realität am Arbeitsmarkt adäquat wiedergibt, ist in der Medienberichterstattung selbst ein durchgängiges Thema. Relativierende Angaben zur Aussagekraft der Arbeitsmarktstatistik werden teilweise in die Monatsberichte integriert, politische AkteurInnen, die arbeitsmarktstatistische Aussagen in Zweifel ziehen, können mit einer Aufnahme in die Berichterstattung rechnen. Zugleich stellen auch Veränderungen in der Arbeitsmarktstatistik einen Gegenstand der Berichterstattung und des Kommentars dar.

Aufgrund der hohen Aufmerksamkeit, die Arbeitsmarktdaten genießen, werden Berichtsangebote, die die Aussagekraft der Arbeitsmarktstatistik thematisieren, in den meisten Fällen auch medial wahrgenommen und verarbeitet. Politische AkteurInnen können dadurch, dass sie die Arbeitslosenstatistik in ihrer Aussagekraft infragestellen, auf die Berichterstattung Einfluss nehmen. Neben der Veranstaltung

von Pressekonferenzen ist insbesondere die Beauftragung von Studien eine Möglichkeit, in den Medien Wirkungen zu erzielen. Exemplarisch dafür steht z. B. die vom CDU-Politiker Meinhard Miegel zusammen mit Stefanie Wahl publizierte Studie »Arbeitslosigkeit in Deutschland – Phantom und Wirklichkeit«. Die Studie greift den in deutschen Medien bereits präsenten Diskurs auf, von einer dramatischen Überschätzung der Zahl der »echten« Arbeitslosen durch die Statistik auszugehen. Die Studie wurde – wie ihre inhaltlichen Vorläufer – von den Medien breit rezipiert, wobei die Berichterstattung in den Leitmedien – z. B. dem *Spiegel* – von anderen Medien übernommen wurde (Episteme 2005, 259ff.).

Die Arbeitsmarktstatistik kommt den Kriterien für die Themenauswahl in den Medien in doppeltem Sinne entgegen: Sie verhandelt einen anerkannten gesellschaftlichen Misstand – Arbeitslosigkeit – und ein zentrales Thema der Medien – das Messen als Bewerten. Da also mit der Messung der Arbeitslosigkeit grundsätzlich eine Bewertung verbunden ist, die über eine sozioökonomische Bestandsaufnahme weit hinausgeht – Erfolge und Misserfolge von Regierungen werden über Arbeitslosenzahlen verhandelt – ist die Möglichkeit, dass die Messung bewusst manipuliert sein könnte, ein mindestens ebenso wichtiges Thema. So ist der Berichterstattung zur Arbeitsmarktstatistik eine Tendenz zur Skandalisierung inhärent.

Der so genannte »Vermittlungsstatistikskandal« im Frühjahr 2002 wurde in der Berichterstattung in Deutschland, aber auch in Österreich breit rezipiert: Der deutsche Bundesrechnungshof hatte die von der Bundesanstalt für Arbeit angewandten Prinzipien, Vermittlungserfolge zu verbuchen, als irreführend kritisiert (vgl. ausführlich Episteme 2005, 134ff.). Dem Interesse am Skandal – als dem Medienereignis schlechthin – steht allerdings kein Interesse am Ergebnis – an der Behebung des Misstands im Rahmen der Arbeitslosenstatistik – gegenüber. Die Medien haben über die infolge der Skandalisierung revidierte Vermittlungsstatistik nicht berichtet. Auch im Fall der in den österreichischen Printmedien diskutierten Verzerrung der Messung der Langzeitarbeitslosigkeit folgte dem Interesse an der Einschränkung der Aussagekraft keine Berichterstattung über die Lösung des Problems in Form der Einführung eines neuen Statistikkonzepts.¹⁵

Insgesamt ist die mediale Berichterstattung nicht in der Lage, laufend erfolgenden Veränderungen in der Aussagekraft der Arbeitsmarktstatistik auf der Spur zu bleiben. Dem Interesse, das Eingriffen in die Statistik oder bekannt werdenden Verzerrungen entgegengebracht wird, steht keine funktionierende Praxis gegenüber, über längere Zeiträume diese Maßnahmen und deren Auswirkungen in der Berichterstattung präsent zu halten. Die Erinnerung an Veränderungen der Aussagekraft der Arbeitsmarktstatistik geht rasch verloren. Früher oder später setzt die datenpublizierende Institution dank der zyklischen Wiederholung die unhinterfragte Anerkennung der »offiziellen Indikatoren« wieder durch.

VI. Eine Parallelaktion – Die Akzeptanz öffentlichen Wissens im wissenschaftlichen Feld

Die Gestaltung des öffentlichen Wissens um die Arbeitsmarktstatistik ist maßgeblich von Interaktionen zwischen Gruppen von sozialen Feldern abhängig. Neben dem Zusammenhang zwischen bürokratischem Feld, medialer Berichterstattung und darauf Bezug nehmenden Interessen im politischen Feld ist das Zusammenwirken

zwischen dem bürokratischen Feld und dem wissenschaftlichen Feld zentral: Welche Fragen stellen die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an die öffentliche Statistik, die Produktion öffentlicher Daten? Wo opponieren sie gegen öffentlich durchgesetzte Definitionen, wo folgen sie diesen stillschweigend? Wie wird Wissen um die Arbeitsmarktstatistik gesammelt, systematisiert und weitergegeben? Und nicht minder zentral, denn auch im wissenschaftlichen Feld geht es um die Auseinandersetzungen zwischen widerstreitenden Positionen: Wie stark sind jene AkteurInnen im wissenschaftlichen Feld verankert, die sich der Aufgabe der Datenkritik stellen? Welchen Wert haben Arbeitseinsätze, das Kleingedruckte der Arbeitsmarktstatistik zu entschlüsseln, in den einzelnen Disziplinen? Bevor wir auf diese Fragen eingehen, muss nochmals geklärt werden, um welchen Einsatz es geht: die statistische Repräsentation von Arbeitslosigkeit.

Der in seiner Bedeutung selten reflektierte Satz, dass jede statistische Definition Konvention ist, führt auch dazu, dass für alternative Formen, den Arbeitsmarkt statistisch zu beschreiben, keine Beschreibungsschemata existieren: Wer sich nicht an die offiziellen Definitionen – der nationalen Arbeitsämter, der ILO, der OECD oder von Eurostat – hält, muss selbst den Rahmen schaffen, in dem die gewählten Definitionen von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung verankert werden. Die offiziellen Arbeitslosenbegriffe erweisen sich als Minimaldefinitionen. Auch wenn sich innerhalb dieser Begriffe weitere Verengungen oder Anpassungen der Messergebnisse an die zugrundegelegten Konzepte vornehmen lassen – und tatsächlich regelmäßig auf Basis politischer Entscheidungen vorgenommen werden – können alternative Arbeitslosigkeitsbegriffe vor allem als Erweiterungen des offiziellen Arbeitslosenkonzepts aufgefasst werden. Stark vereinfachend lassen sich drei Erweiterungsschritte unterscheiden:¹⁶

- Die Erweiterung um die unwillkürliche Untererfassung: Hier wird nicht die Definition der Arbeitslosigkeit erweitert, sondern versucht, Effekte des Messverfahrens auszugleichen, die zu einer Unterschätzung der Arbeitslosigkeit führen. Beispiele dafür sind die Schätzung der Personen, die zwar arbeitslos sind, sich aber nicht beim Arbeitsamt melden oder der Personen, die laut Labor Force Konzept arbeitslos sind, aber nicht erfasst werden, weil sie in Gemeinschaftsunterkünften (Jugendheimen, Wohnheimen) leben, in denen die Arbeitskräfteerhebung in vielen Ländern nicht durchgeführt wird.
- Die Erweiterungen um Fallgruppen, die statistisch erfasst, aber aus dem »offiziellen Arbeitslosenbegriff« ausgeschlossen worden sind. Beispiele dafür sind z. B. Personen, die sich in Schulung befinden, am Erhebungstag in Krankenstand sind oder – um ein für Österreich seit 2000 stark an Bedeutung gewinnendes Phänomen zu nennen – um Pensionsvorschuss angesucht haben. In der Arbeitskräfteerhebung sind das z. B. Personen, die sich selbst als arbeitslos bezeichnen, aber geringfügig (z. B. 1-11 Stunden) erwerbstätig waren.
- Die Erweiterung des Arbeitslosenkonzepts um nicht im Rahmen der Beschäftigungsstatistik vorerfasste Gruppen: Beispiele sind hier z. B. die Mitzählung von unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung oder von Personen, die aufgrund der Arbeitsmarktlage im Bildungssystem verbleiben, obwohl sie gerne erwerbstätig wären. In Deutschland hat sich für diese Gruppe insbesondere das Konzept der »Stillen Reserve« im engeren Sinn durchgesetzt.

Von der Wahl der Arbeitslosigkeitskonzepte hängt auch ab, welche Ereignisse beo-

bachtet werden, um die Statistik zu interpretieren. Unabhängig von gewählten statistischen Konzept muss bei der Beschreibung der Veränderung der Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden, dass die ausgewiesenen Zahlen nur im Kontext mit andern Entwicklungen interpretiert werden können. Verfolgt werden müssen Veränderungen auf der Ebene

1. des Arbeitskräfteangebots und der Nachfrage (z. B. demographische Effekte, Migrationsbewegungen, Erwerbsneigung, Produktivitätsentwicklung usw.),
2. des Erwerbs von Ansprüchen in der Arbeitslosenversicherung (z. B. Anstieg der Zahl an »Neuen Selbstständigen« ohne Leistungsanspruch),
3. der Gestaltung des Arbeitslosenversicherungsrechts (z. B. Anwartschaften, Wartezeiten usw.) und der Gestaltung von Familienleistungen (z. B. Dauer des Karenzgeldbezugs) und Pensionsleistungen (z. B. Optionen vorzeitiger Alterspension),
4. der Steuerungssysteme der Arbeitsmarktverwaltung selbst (z. B. Weisungen zur statistischen Verbuchung in Ermessensfällen, Aktivierung des Eigeninteresses der MitarbeiterInnen, Ermessensspielräume strategisch zu nutzen),
5. der Vorabeffekte der Aktiven Arbeitsmarktpolitik auf die Arbeitslosenzählung, die unabhängig von deren realer Wirkung entstehen (z. B. Unterbrechung der Langzeitarbeitslosigkeit),
6. der Entscheidungen zur Arbeitslosenzählung selbst, die die Statistik unmittelbar verändern.¹⁷

So entscheidend wie die Wahl der Arbeitslosen- und Beschäftigungsdefinitionen ist die Wahl der statistischen Einheiten selbst: Die offizielle Arbeitslosigkeit fokussiert nahezu ausschließlich auf Bestandsdaten am Stichtag. Gezählt werden »Impulse« im Abfragemoment. Für die sozialpolitische Debatte geht es allerdings immer darum, in welcher Weise die Last der Arbeitslosigkeit auf Bevölkerungsgruppen aufgeteilt ist. Statt Bestandsdaten zu Stichtagen sind deshalb personenbezogene Längsschnittdaten – unabhängig von der Arbeitslosigkeitsdefinition – die weitaus aussagekräftigeren Beschreibungen von Arbeitslosigkeit für die meisten sozialwissenschaftlichen und -politischen Fragestellungen. Sofern personenbezogene und/oder Längsschnittdaten überhaupt verfügbar sind, führen sie – im medialen Diskurs ebenso wie in der offiziellen Berichterstattung und in wissenschaftlichen Publikationen – ein Schattendasein und werden so selten verwendet, dass sich ein eigenartiges Phänomen konstatieren lässt: Während es »geradezu lächerlich« erscheint, SozialwissenschaftlerInnen die »banalen« Eigenschaften von Bestands- und Stromdaten, von Querschnitts- und Längsschnittserhebungen erklären zu wollen, haben nur SpezialistInnen eine Vorstellung davon, wie sich das Volumen der Arbeitslosigkeit – z. B. in Österreich 2002 86,5 Millionen Arbeitslosigkeitstage – auf sozio-ökonomische Gruppen der Bevölkerung verteilt.

Dass die Wahl des Arbeitslosenkonzepts maßgeblichen Einfluss auf die Ergebnisse hat, ist für sich selbst ebenfalls eine Banalität. Ähnlich wie es zur sozialwissenschaftlichen Minimalausbildung zählt, die wichtigsten Unterschiede zwischen nationaler Registerzählung und dem Labor Force Konzept¹⁸ zu kennen, kennt man Beispiele für die Effekte, die von der Wahl der Konzepte ausgehen. Innerhalb der Sozialwissenschaften überrascht es etwa nicht, dass:

- 2003 in Österreich 240.079 »Personen« im Jahresdurchschnitt arbeitslos waren (Durchschnitt von 12 Monatsstichtagsbeständen), jedoch 774.200 Personen

zumindest einen Tag als arbeitslos registriert waren.

- die »offizielle« Registerarbeitslosigkeit in Österreich zwischen 1996 und 2003 um 4,1% gewachsen ist, bei der Berücksichtigung dreier »ausgeschlossener« Bestandteile (Personen in Schulung, Personen im Krankenstand, Personen in Pensionsvorschuss) aber um rund 16%.
- Dass die jährlich geschätzte Stille Reserve in Deutschland zuletzt (2001 – 2003) jeweils über 60% der ausgewiesenen Registerarbeitslosigkeit betrug.

So einfach es ist, Beispiele zu geben, so schwer kann es sein, für die eigene Arbeit die gesuchten alternativen Arbeitslosigkeitsindikatoren zusammenzubekommen. Auch wenn sich der Datenzugang in den letzten Jahren stark verbessert hat: Binnen weniger Minuten sind Bestands- und Querschnittsdaten zu den offiziellen Arbeitslosigkeitskonzepten zu erhalten. Jede Alternative braucht bereits Sucherfahrung, Daten werden in vielen Fällen nicht routinemäßig publiziert, im Extremfall bleibt nur die eigene Auswertung von Rohdatenquellen. Die Dimension der Einsätze ist damit klar: Je nach Konzept und Datentyp werden völlig unterschiedliche Bilder des Umfangs der Arbeitslosigkeit einer Gesellschaft produziert. Die Produktion alternativer statistischer Repräsentationen von Arbeitslosigkeit erfordert – von der Notwendigkeit, Datenzugang zu kaufen einmal abgesehen – in jedem Fall eines: Arbeitszeit. Aber kommen wir zu den Eingangsfragen zum Verhältnis »Öffentliche Statistik« und »Wissenschaftliches Feld« zurück.

Innerhalb der sozialwissenschaftlichen Teilfelder, die Arbeitsmarktdaten verwenden, ist es eine legitimierte, völlig unproblematisierte Praxis, den Angeboten öffentlicher Statistik einfach zu folgen: Das notwendige Wissen, die Daten in dieser Weise zu benutzen, beschränkt sich auf die Kenntnis der vorgegebenen Definitionen. Weder das »Kleingedruckte« noch die tatsächlichen Auswirkungen der vorgegebenen Definitionen müssen berücksichtigt werden: eine pragmatische Haltung genügt. Ein wesentlicher Teil der sozialwissenschaftlichen Produktion ordnet sich damit – ähnlich der medialen Berichterstattung – der amtlichen Statistik kommentarlos unter. Kritische Distanz scheint zumeist auf allgemeine Anmerkungen – z. B. dass Konzepte nicht vollständig angemessen seien, aber andere Daten nicht verfügbar – beschränkt. Nachteile von statistischen Repräsentationen werden durch ihre Vorzüge – z. B. die internationale Vergleichbarkeit – gerechtfertigt.

Datenkritik ist nur dort notwendig, wo anderenfalls auf den ersten Blick absurde Ergebnisse nicht erklärbar wären.¹⁹ Für einen Großteil der typischen Gebrauchsweisen der Arbeitslosenstatistik – wie der Sozialstatistik insgesamt – gilt, dass innerhalb des wissenschaftlichen Feldes eine pragmatische, nicht-kritische Haltung dominiert: Je einfacher der Zugang zu »offiziellen Daten« sich gestaltet, um so üblicher wird ein zeitökonomischer Umgang mit dem statistischen Material. Umgekehrt gilt, dass die statistische Darstellung von Sachverhalten als »bloß deskriptive« Tätigkeit ständig an Wert verliert, wenig Arbeitszeit beanspruchen soll und tendenziell aus dem Kern wissenschaftlicher Projekte verdrängt wird.

Die kritische Arbeit an der statistischen Repräsentation sozialer Sachverhalte mit und gegen die öffentliche Statistik steht damit innerhalb des wissenschaftlichen Feldes einer Gebrauchsweise gegenüber, die sich selbst nicht zu rechtfertigen braucht: Die Bearbeitung der Frage, was die Sozialstatistik repräsentiert und wie sie verbessert werden könnte, wird damit in jedem Fall zu einem »Sonderbereich«, dessen Ergebnisse nicht notwendigerweise von den disziplinären *communities of practice* rezipiert

werden müssen. WissenschaftlerInnen, die wesentliche Arbeitseinsätze in die kritische Bearbeitung der Sozialstatistik investieren, stehen damit in einer doppelten Oppositionsbeziehung: zu Teilen des wissenschaftlichen Feldes und zum bürokratischen Feld – wenn sie auch mit einzelnen, »progressiven« VertreterInnen in diesen Allianzen schließen können.

Die kritische Gegenkraft, die im wissenschaftlichen Feld gegen die offizielle Repräsentation sozialer Probleme entwickelt werden kann, hängt damit im wesentlichen davon ab, ob die großen Arbeitseinsätze, die die Datenkritik und die Entwicklung von Gegenevidenzen benötigt, innerhalb der Disziplinen honoriert werden oder nicht. Datenkritik kann einerseits zum Selbstverständnis der heterodoxen Fraktionen in disziplinären Feldern zählen und von diesen anerkannt werden. Andererseits kann sich ein hochspezialisiertes Feld entwickeln – das zumeist VertreterInnen der öffentlichen Statistik miteinschließt – in dem alle Fragen sozialer Indikatoren wissenschaftlich bearbeitet werden. Für Deutschland lässt sich die Existenz eines solchen Feldes zeigen: Es existieren Institutionen, die über Arbeitsplätze für diese Arbeiten verfügen, es existieren Netzwerke, Publikationsorgane und Forschungsprogramme usw.

In Österreich ist allerdings die kritische wissenschaftliche Bearbeitung der Sozialstatistik – jenseits der statistischen Methodenlehre – im wissenschaftlichen Feld weitgehend marginalisiert: Es existieren kaum wissenschaftliche Positionen, die der kritischen Bearbeitung der Sozialstatistik gewidmet sind. Es existiert kein einziges Lehrbuch, in dem weiterführende Informationen zu den Schwierigkeiten der Arbeitslosigkeitsmessung und den österreichischen Besonderheiten für den universitären Unterricht aktuell gehalten würden. Die institutionellen Zentren des Wissens über die Arbeitsmarktstatistik liegen im bürokratischen Feld (Statistik Austria, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Statistikabteilungen des Arbeitsmarktservice). Projekte zur Arbeitsmarktstatistik waren in den letzten zwei Jahrzehnten vornehmlich am institutionellen Rand der akademischen Welt angesiedelt und in der Regel von kurzfristigen Projektmitteln abhängig.²⁰ Die KernexpertInnen der Arbeitsmarktstatistik bzw. der Sozialstatistik insgesamt in Österreich betreuen in der Regel auch andere Aufgabenfelder: Sie sind durchwegs nicht ordentliche UniversitätsprofessorInnen, die eigenständig und dauerhaft Forschungsressourcen für die Bearbeitung offener Fragen einsetzen könnten.

Für Österreich ist der Befund eindeutig: Das »kritische« Wissen über die Arbeitsmarktstatistik und die Produktion von Gegenevidenzen ist innerhalb des wissenschaftlichen Feldes nur marginal verankert. Es existiert nicht als kontinuierliches Gegengewicht. Es ist größtenteils nur informell verfügbar und nicht systematisiert. Es existieren keine kontinuierlichen Aufzeichnungen: Das Wissen um die unendliche Zahl kleiner und größerer Veränderungen in der Messung von Arbeitslosigkeit und der gesetzlichen und institutionellen Rahmenbedingungen der Arbeitslosigkeit selbst ist größtenteils personengebunden und geht regelmäßig mit den ExpertInnen dem Feld verloren. Die Dynamik, die die Arbeitsmarktstatistik in den letzten Jahren erlebt – von der Umstellung der Arbeitskräfteerhebung auf eine monatliche Telefonerhebung bis hin zu den Möglichkeiten, die die Data-Ware-House Technologie und die Bereitstellung wissenschaftlich nutzbarer Datenkörper bieten – erfährt im wissenschaftlichen Feld keine Repräsentation. Sie passiert quasi unbemerkt von Politik, Medien und den meisten ForscherInnen, die arbeitsmarktstatistische Daten verwenden.

VII. Ausblick

Mit dem feldtheoretischen Ansatz versuchen wir zu zeigen, dass eine Veränderung der öffentlichen Repräsentation von Arbeitslosigkeit nur durch Projekte denkbar ist, die Allianzen zwischen AkteurInnen im bürokratischen, wissenschaftlichen und politischen Feld schmieden und in der Lage sind, den Anforderungen der Arbeit am kritischen Pol in diesen Feldern jeweils entgegenzukommen. Elementar ist es, langfristige Praktiken zu entwickeln, die neue Konzepte in Berichtsroutinen unterbringen und zeigen wie diese – unabhängig von den anderen Berichtsangeboten – in der medialen Berichterstattung gut untergebracht werden können.

Die Dynamik der statistischen Repräsentation von Arbeitslosigkeit in den Medien ist nämlich nicht nur in Bezug auf das zirkulierende Wissen über die Gesellschaft relevant. Sie kann – und das war in den letzten Jahren verstärkt zu beobachten – unmittelbare materielle Auswirkungen auf die von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen haben. Denn im Rahmen eines proklamierten *War on unemployment* drohen die Einschränkungen der Rechte von Arbeitslosen in doppeltem Sinn verführerisch zu wirken: Sie ermöglichen die Reduktion der ausgeschütteten Versicherungsleistungen und sie legitimieren sich selbst, in dem sie – als Teil der Arbeitsmarktpolitik verkauft – tatsächlich die repräsentierte Arbeitslosigkeit senken. Die Konzentration auf die *eine* Arbeitslosenzahl – bzw. deren Fallen oder Steigen – macht es möglich, diese massiven Veränderungen in gesellschaftlichen Verteilungsverhältnissen ausschließlich positiv darzustellen. Wem hier etwas weggenommen wird und wer davon profitiert, bleibt aus der öffentlichen Auseinandersetzung ausgespart.

In der Entwicklung indikatorengestützter internationaler Steuerungsmodelle wie etwa innerhalb der Europäischen Union wird dieser Prozess tendenziell verstärkt, da die politische Debatte um soziale Problemlagen zunehmend im Rahmen eines internationalen Wettbewerbsmodells stattfindet. Um als besonderes Problem anerkannt zu werden, das nach Lösungen verlangt, muss die statistisch für ein Mitgliedsland erhobene Problematik deutlich gegenüber dem Durchschnitt der Mitgliedsstaaten hervorstechen. Auf nationaler Ebene erhobene soziale Probleme, die es nicht schaffen, sich im EU-Vergleich prominent darzustellen, drohen »normalisiert«, als unvermeidbare gesellschaftliche Erscheinung qualifiziert zu werden. Schlechte Werte können in der politischen Rhetorik durch den Verweis auf andere, vergleichsweise gute Werte relativiert werden. Das der Europäischen Arbeitskräfteerhebung zugrundeliegende statistische *Labor Force*-Konzept, das jede einzelne Stunde Arbeit als Erwerbstätigkeit zählt, ist bekanntermaßen wenig dafür geeignet, eine aussagekräftige Beschreibung des Phänomens Arbeitslosigkeit als soziale Problematik zu liefern. Dennoch hat sich dieser Indikator mit der Entwicklung international vergleichender Berichtssysteme zum Arbeitsmarkt durchgesetzt und verdrängt zunehmend alternative Indikatoren. Dass der Arbeitslosenbegriff des *Labor Force*-Konzepts im Kern der europäischen Wohlfahrtsstaatstradition widerspricht, die Arbeitslosigkeit als Inbegriff der Gefährdung des sozialen Status verstanden hat, spielt jedoch bislang weder in der wissenschaftlichen noch in der öffentlichen Diskussion eine Rolle.

Die Konzentration der medialen Aufmerksamkeit auf wenige arbeitsmarktstatische Indikatoren und die Frage, ob die Arbeitslosigkeit steigt oder fällt, trägt mit zu einer Ausklammerung der Debatte über die Gründe steigender Arbeitslosigkeit und die Lebensbedingungen der Arbeitslosen bei. In knapp 4.500 Artikeln zur Arbeits-

marktstatistik (1996 – 2003) haben wir z. B. keinen einzigen Verweis auf die Bedeutung der öffentlichen Beschäftigung für die positive Arbeitsmarktentwicklung der 1960er und 1970er Jahre gefunden. Die Auswirkungen des Rückzugs des Staates – gerade auch als Arbeitgeber – kommt nur als »Verneinung« (im psychoanalytischen Sinn) vor.²¹ Statistiken zum Leistungsbezug oder zur materiellen Lage der Arbeitslosen werden kaum publiziert – wenn es nicht gerade darum geht zu beweisen, dass das Nettoeinkommen der Arbeitslosen kaum unter jenem der Erwerbstätigen liegt. Die Schuld an den Entwicklungen am Arbeitsmarkt trägt wie 1932 auch heute niemand oder – wie in der letzten Szene von *Kuhle Wampe* in der Straßenbahn diskutiert – die Weltwirtschaft, die Globalisierung:

*»Es gibt zuviel Kaffee auf der Welt
Und darum pro Zentner zuwenig Geld,
drum wird – so will es das Weltgewissen
die halbe Ernte ins Wasser geschmissen.
Immer rin, mein Junge,
das hat'n Sinn mein Junge!
Da steckt was hinter, mein Junge,
das wird ein Winter mein Junge!«²²*

Literatur

- Butschek, Felix (1992) *Der Österreichische Arbeitsmarkt. Von der Industrialisierung bis zur Gegenwart*, Stuttgart.
- Episteme (2005) *Chiffren der Gegenwart – Mediale Berichterstattung zur Arbeitsmarktstatistik im internationalen Vergleich (Deutschland, Portugal, Österreich)*. Projekt im Rahmen des Forschungsprogramms *New Orientations in Democracy in Europe (Node)* des BMBWK, Wien (on-line unter: www.episteme.at).
- Forschungsgesellschaft für Angewandte Sozial- und Strukturanalyse (FAS) (2001) *Arbeitsmarktindikatoren im regionalpolitischen Kontext – Design und Aufbau einer integrierten Metadaten-Datenbank für den Wiener Arbeitsmarkt*, Text- und Kommentarband zur Indikatoren-Datenbank, Studie im Auftrag des Arbeitsmarktservice Wien. Manuskript, Wien.
- Knopf, Jan (Hg.) (1984) *Brecht-Handbuch. Lyrik, Prosa Schriften. Eine Ästhetik der Widersprüche. Mit einem Anhang: Film*, Stuttgart.
- Musil, Robert (1990) *Der Mann ohne Eigenschaften*, Hamburg.
- Quiring, Oliver (2003) *Fernsehnachrichten über die Arbeitslosigkeit und die Wahlpräferenzen der Bevölkerung – eine Zeitreihenanalyse 1994 – 1998*, in: Donsbach, Wolfgang/ Jandura, Olaf (Hg.) (2003) *Chancen und Gefahren der Mediendemokratie*, Konstanz.
- Zilian, Hans Georg/ Josef Hödl (1988) *Beamtenpraxis und Arbeitslosenstatistik. Nicht veröffentlichter Forschungsbericht des Forschungsschwerpunkts S. 44 Dynamik der Arbeitslosigkeit und Beschäftigung*, Linz und Graz.

Anmerkungen

- 1 In der Überlieferung Brechts der Verhandlungen mit der Zensurstelle klingt das so:
»Niemand bestreitet Ihnen das Recht, einen Selbstmord zu schildern. Selbstmorde kommen vor. Sie können ferner auch den Selbstmord eines Arbeitslosen schildern. Auch diese kommen vor. Ich sehe keinen Grund, das zu verheimlichen, meine Herren. Ich erhebe aber einen Einwand gegen die Art, in der Sie den Selbstmord Ihres Arbeitslosen geschildert haben. Sie verträgt sich nicht mit den Interessen des Allgemeinen, die ich zu verteidigen habe. [...] Sie haben keinen Menschen geschildert, sondern eine, ja, sagen wir es ruhig,

- eine Type. Ihr Arbeitsloser ist kein richtiges Individuum, kein Mensch aus Fleisch und Blut, unterschieden von allen andern Menschen, mit besonderen Sorgen, mit besonderen Freuden, letzten Endes mit besonderem Schicksal. Er ist ganz oberflächlich gezeichnet, verzeihen Sie mir als Künstler diesen starken Ausdruck, dass wir zu wenig von ihm erfahren, aber die Folgen sind *politischer* Natur und zwingen mich, Einspruch gegen die Zulassung Ihres Filmes zu erheben. Ihr Film hat die Tendenz, den Selbstmord als typisch hinzustellen, als etwas nicht nur dem oder jenem (krankhaft veranlagten) Individuum Gemäßes, sondern als Schicksal einer ganzen Klasse! [...]« (Knopf 1984, 512/523).
- 2 vgl. die im Internet abrufbare Akte unter <http://www.deutsches-filminstitut.de/zengut/df2tb648z.pdf>.
 - 3 Das Projekt, an dem neben den AutorInnen Heide Hammer, Karo Rumpfhuber, Sabine Sölkner und Stefan Vater mitgearbeitet haben, wurde im Rahmen des Forschungsprogramms New Orientations of Democracy in Europe (NODE) des BMBWK finanziert und in Kooperation mit der Arbeiterkammer Oberösterreich (Rudolf Moser) und Arbeiterkammer Wien (Kai Biehl) durchgeführt. Internationale KonsulentInnen des Projekts waren Elke Holst (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin) und Luís Capucha (CIES – Centro de Investigação e Estudos de Sociologia / ISCTE – Instituto Superior das Ciências do Trabalho e da Empresa, Lissabon). Der Endbericht des Projekts ist unter www.episteme.at abrufbar. Der Bericht wird im folgenden mit Episteme (2005) zitiert.
 - 4 Für eine Übersicht zu Reformen der Registerzählungen in Deutschland und Österreich bis 2003 vgl. Episteme (2005), S. 248. Dass auch die Europäische Arbeitsmarktstatistik einer stetigen Entwicklung unterliegt und dass Entscheidungen zur europäischen Statistik nicht minder politisch motiviert sein können, wird in der öffentlichen und der wissenschaftlichen Diskussion kaum berücksichtigt.
 - 5 Z. B. Die Presse, 8. 11. 2002.
 - 6 Musil 1990, 9.
 - 7 Süddeutsche Zeitung, 10. 1. 2003.
 - 8 Salzburger Nachrichten, 3. 9. 2002.
 - 9 Süddeutsche Zeitung, 9. 7. 2003.
 - 10 Salzburger Nachrichten, 4. 1. 2001.
 - 11 Der Standard, 4. 11. 2000.
 - 12 FAZ, 9. 6. 2000.
 - 13 Zu den AkteurInnengruppen im Detail vgl. Episteme (2005), S. 18ff.
 - 14 Die Presse hat z. B. schon am 4. 7. 1999 getitelt »400.000 Arbeitslose sind »unsichtbar««. »600.000 Österreicher wollen »im Grund arbeiten«, meint Wifo-Experte Geldner. Mangels Erfolgsaussichten suchen aber nur 202.000 davon aktiv nach einem Job. [...]«.
 - 15 Zur Berichterstattung über die Messung der Langzeitarbeitslosigkeit und der Entwicklung des Indikators Langzeitbeschäftigungslosigkeit vgl. ausführlich Episteme (2005), 145ff.
 - 16 vgl. zur Messung und ihrer Konzeptionen ausführlich Episteme (2005), 40ff.
 - 17 vgl. die detaillierte Beschreibung in Episteme (2005), 53ff. bzw. 239ff.
 - 18 Die nationale Registerzählung in Österreich zählt – wie in den meisten europäischen Staaten – als arbeitslos gemeldete Personen zum Zählungstichtag (seit 2004 jeweils der Monatsletzte; vor 2003 variierte der Stichtag). Gezählt werden alle gemeldeten Personen (bzw. Fälle mit der Codierung AL), wobei die Zählung einerseits vom Bezug von Arbeitslosengeld unabhängig ist, andererseits jedoch eine große Zahl an zusätzlichen Regelungen über den Ausschluss aus der Zählung bestehen (z. B. es muss ein Arbeitsverhältnis über 11 Wochenstunden gesucht werden, es darf kein aufrechtes Dienstverhältnis mit einem Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze vorliegen, es darf keine Lehrstelle gesucht werden; Personen, die am Stichtag in Schulung oder im Krankenstand sind gelten nicht als arbeitslos). Neben dem Status Arbeitslosigkeit kann eine geringfügige Beschäftigung (unterhalb der Geringfügigkeitsgrenze bzw. unterhalb von 11 Stunden pro Woche) bestehen. Bei der Berechnung der nationalen Arbeitslosenquote wird in Österreich die Zahl der Fälle am Stichtag der Zahl der unselbständigen Beschäftigungsverhältnisse (nicht Personen) oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze zum Monatsletzten gegenüber gestellt (Nationale Quote = Arbeitslose/ unselbständig Beschäftigte + Arbeitslose). Im Gegensatz dazu basiert die für die europäische Berichterstattung maßgebliche Statistik

- auf einer – seit 2004 – monatlichen Stichprobenerhebung (Face-to-face-Grundinterview + telefonischer Nacherfassung) und auf dem von Eurostat auf Basis der Empfehlungen der ILO definierten so genannten Labor Force Konzept, dass jede Person den drei Gruppen »Beschäftigte«, »Arbeitslose« und »Nicht Erwerbstätige« zuordnet. Als erwerbstätig gilt, wer innerhalb der letzten Woche 1 Stunde gegen Entgelt (Geld oder Sachleistungen) gearbeitet hat, als arbeitslos, wer nicht gearbeitet hat, aber in laut Definition aktiver Weise eine Arbeit gesucht hat und dem Arbeitsmarkt sofort zur Verfügung steht. Die Eurostat-Arbeitslosenquote weist zahlreiche Besonderheiten (z. B. die Einbeziehung der Altersgruppen 15-74 Jährige, die Form der Saisonbereinigung) auf und errechnet sich nach der Formel $\text{Arbeitslose/unselbständig und selbständig Beschäftigte}$ jeden Ausmaßes+Arbeitslose. Zu Details vgl. Episteme (2005), 283f.
- 19 Z. B. warum die Erwerbstätigkeit laut Arbeitskräfteerhebung von Frauen mit Kindern zwischen 0-3 höher ist als von Frauen mit Kindern zwischen 4-12. Antwort: Weil Personen in Karenz als beschäftigt gezählt werden.
- 20 Beispiele sind z. B. der Forschungsschwerpunkt S 44 Dynamik der Arbeitslosigkeit und Beschäftigung Ende der 1980er Jahre, in dessen Rahmen das Konzept der personenbezogenen Auswertung der Registerzählung erarbeitet wurde, oder die Studie »Beamtenpraxis und Arbeitslosenstatistik« (Zilian/ Hödl 1988) über die Praktiken der Zählungen in Arbeitsämtern entstand. Harald Katzmair hat im Rahmen eines außeruniversitären Forschungsinstituts im Auftrag des Arbeitsmarktservice Wien eine Datenbank zu den Metadaten – dem Kleingedruckten – zur österreichischen Arbeitsmarktstatistik entwickelt, zu dessen Abschluss 2001 eine wissenschaftliche Tagung an der Wirtschaftsuniversität Wien stattgefunden hat. Zu den wichtigsten AkteurInnen der österreichischen Arbeitsmarktstatistik hat sich unter der Leitung von Michael Wagner-Pinter die Forschungsgesellschaft Synthesis entwickelt: Zwar außerhalb der universitären Forschung angesiedelt und als Dienstleistungsinstitution für öffentliche Auftraggeber positioniert, konnte Synthesis eine dauerhafte Forschungstätigkeit im Bereich der Arbeitsmarktstatistik entfalten.
- 21 FAZ (7. 2. 1997, Autorin: Dagmar Deckstein), »Die 4,66-Millionen-Lüge« – »Eines steht heute schon mit Gewißheit fest: In 10, in 20 Jahren wird die Welt aus heutiger Sicht kaum noch wiederzuerkennen sein. Und bis dahin wird vielleicht auch die Hybris einer Politik entlarvt sein, die seit einiger Zeit mit dem Versprechen hausieren geht, sie könne die Zahl der Arbeitslosen bis zur Jahrtausendwende halbieren. Das kann sie allerdings noch so lange ungestraft versprechen, wie 70 Prozent der Deutschen auf die Frage, wer die Arbeitsplätze im Land schaffe, antworten: der Staat.«
- 22 Hanns Eisler, Ballade von den Säckeschmeißern, zitiert nach: http://www.iz.shuttle.de/iz/avs/aktuelles/wettbewerb/organisationen/text_transfair_ballade.html.